

Piratenpartei Luxemburg

## Unterstützung für Wikileaks

In einer spontanen Aktion hat die Piratenpartei Luxemburg laut Pressemitteilung, wie ihre schweizerische und deutsche Schwesterpartei, geholfen, dass Wikileaks und die jüngsten Dokumente über die US-Diplomatie im Netz erhalten bleiben.

Unter <http://wikileaks.lu> ist die Whistleblower-Website jetzt erreichbar, die kürzlich veröffentlichte Sammlung von US-Diplomatendepeschen ist unter <http://cablegate.wikileaks.lu/> zu finden.

Sven Clement, Präsident der Piratenpartei Luxemburgs, erklärte in der Mitteilung, es würden alle technischen Register gezogen, um Wikileaks mundtot zu machen. Als Partei der Bürgerrechte könne die Piratenpartei hierbei nicht einfach zusehen.

Entsprechend habe die Partei dafür gesorgt, dass Wikileaks auch mit ihrer Hilfe erreichbar bleibe.

Es dürfe nicht sein, dass der Druck der USA und ihrer Verbündeten genüge, um die Presse- und Informationsfreiheit von Wikileaks einzuschränken.

In den letzten Tagen begannen die USA, verstärkt Druck auf Internetfirmen auszuüben, die Dienstleistungen für Wikileaks anbieten. Diese wurden aufgefordert, jegliche Zusammenarbeit mit dem Portal zu beenden.

Daraufhin kündigte das US-Versandunternehmen Amazon, welches auch Hostingdienstleistungen anbietet, die von Wikileaks angemieteten Server.

Als Grund gibt das Unternehmen eine Verletzung der AGBs (allgemeine Geschäftsbedingungen) an.

Neben dem manuellen DNS-Mirror arbeitet die Partei eigenen Aussagen zufolge daran, einen vollwertigen Mirror für Wikileaks aufzubauen.

Solidarité syndicale

## Projet „Ghana-Luxembourg Social Trust“

L'ONG OGBL Solidarité syndicale de l'OGBL invite dans le cadre de son projet „Ghana-Luxembourg Social Trust“ à une conférence suivie d'une table ronde intitulée „La promotion de la Sécurité sociale comme instrument de lutte contre la pauvreté“ qui aura lieu le jeudi 9 décembre à 19.15 h au Lycée Ermesinde (anciennement Neie Lycée), 15, rue de l'Acierie à Luxembourg.

La conférence sera animée par deux classes de 4<sup>e</sup> classe du Lycée Ermesinde.

Le projet „Ghana-Luxembourg Social Trust“ consiste en un accord conclu entre l'ONG Solidarité syndicale de l'OGBL, le Bureau international du Travail (BIT) et le gouvernement du Ghana pour exécuter un projet pilote (GST) consistant à fournir une prestation en espèces aux femmes enceintes ainsi qu'aux mères d'enfants de moins de cinq ans les plus démunies; il apporte ainsi son soutien à l'extension de l'assurance santé au Ghana.

Cette conférence est de prime actualité du fait que le 7 décembre sera présenté à Bruxelles le „Second European Report on Development - A New Perspective in EU Cooperation With Africa“.

35. Tag der „Caisse médico-chirurgicale mutualiste“

# Mehrkosten durch Gesundheitsreform



Foto: Tageblatt-Archiv

Der Gesundheitsminister ging ein weiteres Mal auf die Reform des nationalen Gesundheitssystems ein

### Robert Schneider

Die „Caisse médico-chirurgicale mutualiste“ traf sich am Samstagvormittag in der Handwerkskammer zu ihrem 35. Tag der CMCM. Hierbei wurden keine Beschlüsse gefasst, es ging vielmehr darum, die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Mutualität zu analysieren. Minister Mars di Bartolomeo ging in seiner Gastansprache denn auch zum wiederholten Mal auf das Gesetzespaket ein.

Rund 200 Vertreter der verschiedenen Mutualitätsgesellschaften (Sterbekassen von Gewerkschaften, Föderationen usw.) hatten sich am Samstag auf Kirchberg versammelt, wo ihnen der Präsi-

dent der CMCM, Roger Weirig, und „Gérant“ André Even die neuesten Entwicklungen erläuterten, die u.a. bedeuten werden, dass die zuständigen Gremien der Kasse demnächst über zusätzliche bzw. angepasste Leistungen entscheiden werden.

### Höhere Eigenbeteiligung

Ein dicker Brocken wird hierbei die geplante höhere Eigenbeteiligung der Patienten bei Spitalaufenthalten sein, die um 50 Prozent von 12,96 Euro auf 19,44 Euro pro Tag ansteigen soll. Wenn die CMCM diese Kosten übernimmt, wird sie dies etwa 2 Millionen Euro kosten. Eine höhere Eigen-

beteiligung für Kinesiotherapie schlägt mit 190.000 Euro zu Buche, während die CMCM bei zahnärztlichen Behandlungen mit Mehrkosten von 130.000 Euro rechnet.

Die Verantwortlichen der CMCM gingen aber auch auf die neuen Möglichkeiten für sozial Schwache ein, die durch den sog. „tiers payant social“ nicht auf eine optimale medizinische Versorgung verzichten müssen. Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo ging vor den Mutualisten erneut auf die Gesundheitsreform ein, die wir in den vergange-

nen Wochen ausführlich vorstellten.

Bei dieser Gelegenheit unterstrich er, er wolle gemeinsam mit der Ärztereinigung AMMD und der CMCM nach einer Lösung in der Frage der Erste-Klasse-Zuschläge in den Spitälern (66 zusätzliche Prozent an Arztkosten) suchen, da diese Mehrkosten keiner logischen Ursache mehr entsprechen würden und im neuen Gesetz nicht mehr verankert seien. Zum Abschluss referierte Chefkommissar Guy Holcher (Police grand-ducale) zum Thema „Sicherheit im Haus“.

## 280.000 Mitglieder

Die CMCM zählt etwa 280.000 Mitglieder, die durch die Zusatzversicherung Anrecht auf zusätzliche Leistungen zu jenen der öffentlichen Gesundheitskasse haben.

Etwa zwei Drittel der Einwohner des Landes haben sich für die Zusatzversicherung in der Mutualität entschieden, dies sind etwa 138.500 Familien. Voraussetzung zur Mitgliedschaft bei der CMCM ist die Mitgliedschaft in einer anerkannten Mutualitätsgesellschaft.

### 24 Millionen Euro ausgezahlt

Im Vorjahr zahlte die Kasse Leistungen in Höhe von 23,98 Millionen Euro. Einen überraschend großen Erfolg haben die beiden neuen Garantien Denta- und Optiplus, die seit gut einem Jahr angeboten werden. Statt der erwarteten 25.000 Familien, die diese Angebote nutzen, sind es deren jetzt



bereits 42.000. 95.287 Familien nehmen außerdem die Garantie Prestaplus in Anspruch. Im Vorjahr wurde auch eine neue Mitgliedskarte vorgestellt, die mehrere Jahre Gültigkeit hat. Eine weitere Neuerung ist das Internet-Angebot der Kasse, das überarbeitet wurde in und in wenigen Monaten nun auch in Deutsch und Englisch einzusehen sein wird. Zu erreichen ist der neue Internet-Auftritt der CMCM über die Webadresse [www.cmcm.lu](http://www.cmcm.lu).

Die CGFP äußert sich zur Gehälterreform im öffentlichen Dienst

## Gegen niedrigere Einstiegsgehälter und fragwürdiges Bewertungssystem

Laut einer Pressemitteilung der CGFP („Confédération générale de la fonction publique“) stecken die Verhandlungen mit der Regierung hinsichtlich der Gehälterreform im öffentlichen Dienst in einer Sackgasse.

Neben der von der Regierung wiederholt propagierten Anpassung der Einstiegsgehälter nach unten ist die Einführung eines für die Gewerkschaft mehr als fragwürdigen Bewertungsmechanismus ein Knackpunkt bei den Verhandlungen.

Die CGFP lehnt den von den zuständigen Ministern vorgelegten Entwurf nicht nur prinzipiell ab, sondern hat darüber hinaus auch noch ernsthafte Bedenken, was die Umsetzung in die Praxis betrifft.

Luxemburg, so die CGFP, habe laut internationalen Studien einen äußerst wirksamen öffentlichen Dienst.

Es gebe keine sachlichen Argumente dafür, diesen nun „umzukrempeln“. Und gerade dies beabsichtige die Regierung nun mit ihrer Reform, die keine punktuellen Verbesserungen bringe, sondern lediglich „grundlegende, überflüssige und unannehmbare

Umgestaltungsexperimente“ beinhalte.

Aufgrund des enormen Arbeitsaufwandes sei der Entwurf nicht in die Praxis umsetzbar und die CGFP meint, dass hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen und die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung im Lande in Frage gestellt werde.

### Falscher Weg

Sie sei keineswegs bereit, diesen Weg mitzugehen, so die CGFP weiter.

Sie erkenne in der Reform keinerlei Vorteile, weder für den öffentlichen Dienst und die Beschäftigten noch für die Bürger Luxemburgs.

Stattdessen berge die Absicht der Regierung eine Menge Risiken, nicht zuletzt die Gefahr einer weitreichenden Demotivierung, die letzten Endes niemandem etwas bringe.

Die CGFP stützt sich bei dieser Analyse insbesondere auf eine Umfrage der EU-Kommission, der zufolge 65 Prozent der Luxemburger Bürger mit ihrer Verwaltung nicht mehr zufrieden

sind. Im EU-Durchschnitt würden, so die Gewerkschaft weiter, die jeweiligen nationalen Verwaltungen überwiegend negativ bewertet, mit lediglich 42 Prozent zufriedenen Bürgern.

Weiter erinnert die CGFP daran, dass die Probleme der Weltwirtschaft ihren Ursprung nicht in der Staatsverwaltung nahmen. Im Gegenteil, gerade in der Krise hätten sich der Staat und seine Verwaltung als äußerst schlagfertig erwiesen und die Lage resolut stabilisiert.

Die Darstellung der Regierung, die Einführung eines Bewertungsmechanismus im öffentlichen Dienst fördere die Kollegialität, könne die CGFP nicht teilen.

### Frust und Chaos

Im Gegenteil, ein solches System öffne der Willkür Tür und Tor. Frustration, Chaos, Entmutigung und Verdrossenheit würden die unweigerlichen Folgen sein.

Beispiele aus der Privatwirtschaft hierfür gebe es zur Genüge. Gerade jetzt, zu einer Zeit, da die einheimischen Betriebe damit

beginnen würden, solche Mechanismen wieder abzuschaffen, sollen die gleichen Fehler bei der öffentlichen Verwaltung gemacht werden, so die Gewerkschaft, die ihre Meinung bei den zuständigen Ressortministern bereits zum Ausdruck gebracht hat.

Die Pläne der Regierung seien ein Frontalangriff auf einen kompetenten, schlanken und kostengünstigen Staatsdienst, den die Bürger zu Recht als gut funktionierend bewerteten.

### Verschlechterte Atmosphäre

Eine verschlechterte Atmosphäre in den öffentlichen Verwaltungen habe auch negative Auswirkungen auf den Dienst am Bürger.

Das derzeitige Beamtenrecht gebe bereits Antworten auf alle im Reformvorhaben vorgesehenen Möglichkeiten.

Die CGFP fordert alle Politiker in der Mehrheitskoalition und in der Opposition dazu auf, sich ausdrücklich gegen das Bewertungssystem auszusprechen und so den Fortbestand des öffentlichen Dienstes zu garantieren.